

## FDP-Fraktion Region Hannover

Postanschrift: Hildesheimer Straße 20, 30169 Hannover  
Büro: Osterstraße 60, 30169 Hannover  
Telefon: 0511-616-22196  
E-Mail: [fdp@regionsversammlung.de](mailto:fdp@regionsversammlung.de)  
Internet: [www.fdp-fraktion-region-hannover.de](http://www.fdp-fraktion-region-hannover.de)  
Facebook: [@fdpfraktionregionhannover](https://www.facebook.com/fdpfraktionregionhannover)



+++ NEWSLETTER+++NEWSLETTER+++NEWSLETTER+++

Hannover, im November 2018

3. Ausgabe 2018



Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger  
der FDP in der Region Hannover, sehr geehrte Damen und Herren,

mit der November-Ausgabe unseres Fraktions-Newsletters möchten wir Sie wieder über  
aktuelle politische Themen der Regionsversammlung, Termine und Veranstaltungen der  
FDP-Regionsfraktion informieren.

Wenn Sie in Ihren Städten und Gemeinden gemeinsam mit uns Themen und Positionen  
voranbringen wollen, freuen wir uns über Ihre Rückmeldung.

Bei Fragen, Anregungen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Christiane Hinze, Fraktionsvorsitzende

### üstra AG und Regiobus GmbH: Antriebssysteme mit Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologie prüfen:

Die FDP-Regionsfraktion hatte in einer Anfrage an die Regionsverwaltung eine Information erbeten, ob vor dem Hintergrund der geplanten Neuanschaffung von Elektrobusen auch der Einsatz anderer umweltfreundlicher Antriebssysteme geprüft werde. Die Region lehnt die Wasserstofftechnologie für üstra und Regiobus derzeit ab. Eine solche Technologie für Busse erfordere im Vergleich zu E-Bussen zu hohe Investitionen und zu hohe öffentliche Zuschüsse. Auch aus ökologischer Sicht hat die Verwaltung bei dieser Antriebstechnologie noch Bedenken. Zudem sei die Technologie nicht energieeffizient genug. Zwar böten wasserstoffbasierte Antriebstechnologien lokale Emissionsfreiheit, doch die ökologische Bilanz sei abhängig von der Wasserstofferzeugung. So könne die notwendige Elektrolyse nicht vor Ort geschehen. Daher müssten mehrmals in der Woche mehrere Lastzüge den Wasserstoff liefern. Außerdem wurde auf ein Sicherheitsrisiko bei der Lagerung größerer Mengen Wasserstoff hingewiesen. In anderen deutschen Städten falle der benötigte Wasserstoff als Abfallprodukt der chemischen Industrie an.

Foto: HyCologne e.V.

Hier finden Sie die Stellungnahme zur Anfrage der FDP-Fraktion: <https://www.fdp-fraktion-region-hannover.de/aktuell/anfragen/>

### Winterbefahrensverbot auf dem Steinhuder Meer - Fristverlängerung:

In einer Anfrage an die Region Hannover als zuständige Behörde zur Umsetzung der Dümmer-und-Steinhuder-Meer-Verordnung hatte der FDP-Regionsabgeordnete Daniel Farnung aus Wunstorf angefragt, ob es für betroffene Schiffe Sonderregelungen gibt, damit diese vor dem Hintergrund des Niedrigwassers auch nach dem 01.11. noch Schiffe einholen können. Die Region Hannover hat sich mit dem Gewässereigentümer - dem Land Niedersachsen - und der zuständigen Wasserschutzpolizei hinsichtlich einer möglichen Befreiung vom ab dem 01.11.2018 geltenden Winterbefahrensverbot auf dem Steinhuder Meer abgestimmt und hat am 25.10.2018 eine Allgemeinverfügung erlassen. In dieser wurde geregelt, dass das Befahrensverbot - befristet - zum Zwecke des Einholens der Wasserfahrzeuge aufgehoben ist.



Foto: Pixabay.com

---

## Berichte aus der Regionsversammlung vom 26.9.2018:

### Aktuelle Stunde „Akute Wohnungsnot - Gibt es Perspektiven für eine wirksame und schnelle Wohnraumförderung?": Wohnungspolitischer Sprecher Gerhard Kier erläutert Forderungen der FDP-Fraktion:

Der wohnungsbaupolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Gerhard Kier ging in seinem Redebeitrag auf die aktuellen Herausforderungen am Wohnungsmarkt und für die Politik ein. Insbesondere die Themen Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit, Baulandausweisung, komplexe Planungs- und Bauvorschriften sowie die Schaffung der notwendigen Infrastruktur, die ein Baugelände für die Menschen zu einem lebenswerten Quartier werden lässt, standen hierbei im Fokus der politischen Auseinandersetzung.



In einer Aktuellen Stunde am 25.09.2018 stellt Gerhard Kier die Forderungen der FDP-Fraktion im Bereich der Wohnungspolitik vor.

Die FDP-Fraktion trägt daher das von der Region Hannover aufgelegte Wohnbauprogramm WoBl mit. Damit können erste wichtige Impulse zur mittelfristigen Erweiterung des Wohnungsangebotes in der Region Hannover gesetzt werden. Um schnellstmöglich und nachfragegerecht geeigneten Wohnraum in der Region Hannover zur Verfügung zu stellen, sind aus Sicht der FDP-

Fraktion folgende Maßnahmen zu ergreifen: Stärkung der Angebote zur Bewerbung von Ausbildungsberufen im Handwerk in Kooperation mit der HWK und weiteren relevanten Partnern in der Baubranche, Entbürokratisierung bei den Bauvorschriften und Vereinfachung in den Abläufen durch das Voranbringen der Digitalisierung in den Verwaltungen, unbürokratische Förderung neuer Modelle des Wohnungsbaus - nicht nur bei der eigenen Kreissiedlungsgesellschaft und den traditionell starken Genossenschaften, sondern auch bei Kleininvestoren und Einfamilienhausplanungen - sowie der Bau von möglichst barrierearmem oder barrierefreiem Wohnraum. Eine enge Abstimmung der Region Hannover mit den 21 Städten und Gemeinden im Regionsgebiet unter Einbeziehung der interessierten Wohnungsbauträger ist hierbei eine wichtige Grundvoraussetzung, damit die Initiative Erfolg hat.

[Die ganze Rede finden Sie hier: www.fdp-fraktion-region-hannover.de/presse/aktuelle-stunde-25-09-18/](http://www.fdp-fraktion-region-hannover.de/presse/aktuelle-stunde-25-09-18/)

---

### Interfraktioneller Antrag auf Initiative der FDP-Fraktion zur Schaffung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen in Wohnungsnotfällen - Projekt FrauenZimmer der Selbsthilfe für Wohnungslose e. V.:

Die FDP-Fraktion hat einen Antrag zur Schaffung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen in Wohnungsnotfällen initiiert und Unterstützung von einigen anderen Oppositionsfraktionen erhalten. Anlass war ein Bericht des Vereins „Selbsthilfe für Wohnungslose e.V. (SeWo)“ für das Projekt „FrauenZimmer“ im Gleichstellungsausschuss der Region. Vor dem Hintergrund der großen Nachfrage nach Unterbringungsmöglichkeiten und der latenten Engpässe im Mietobjekt im Volgersweg in Hannovers Zentrum forderte die FDP-Fraktion, dass Möglichkeiten der weiteren Anmietung von Räumen im selben Haus geprüft werden sollten. Ergebnis war letztlich die mehrheitliche Ablehnung unseres Antrags mit der Begründung, dass ein Gesamtkonzept entwickelt werde, das sich dem Anliegen übergreifend widmen wird. Dieses Gesamtkonzept liegt mittlerweile vor und wird im Sozialausschuss der Region am 27.11.2018 erstmals beraten. Wichtig ist der FDP-Fraktion, dass zu diesem Konzept, das Möglichkeiten der Angebotsausweitung über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung ermöglichen soll, schnellstmöglich ein Beschluss der Regionsversammlung herbeigeführt wird. Chancen zur weiteren Anmietung geeigneten Wohnraums und zur Bereitstellung von Mitteln für eine zusätzliche halbe Sozialarbeiterstelle müssen umgehend genutzt werden können, denn der Winter 2018/2019 steht vor der Tür.



Klaus Nagel begründet die Forderungen der FDP-Fraktion zur Abmilderung von Obdachlosigkeit.

**Hintergrund:** In der Region Hannover sind derzeit rund 600 Menschen obdachlos, darunter ca. 150 Frauen. Die Anzahl von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen ist deutlich höher. Mit der Unterstützung des SeWo e. V. mit seinem Schwerpunkt von angemietetem Wohnraum in zentraler Lage in Hannovers Oststadt wird ein wichtiger Beitrag zur Milderung des Problems in der Innenstadtlage Hannovers geleistet werden können. Dieses Angebot - extra für Frauen - ist von großer Bedeutung, denn obdachlose Frauen meiden überwiegend die Sammelunterkünfte im Vinnhorster Weg und der Gartenstraße wegen Angst vor sexuellen Übergriffen und wegen der Präsenz von Drogen-Dealern. Mit dem Konzept zur Weiterentwicklung der Hilfen für Frauen in Wohnungsnotfällen wird die kommunale Ebene durch Unterstützung der Region entlastet.

[Die ganze Rede finden Sie hier:](http://www.fdp-fraktion-region-hannover.de/presse/schaffung-von-weiteren-unterbringungsmoeglichkeiten/)

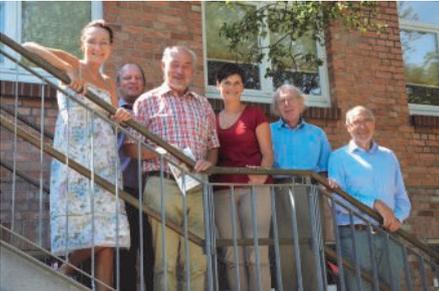
[www.fdp-fraktion-region-hannover.de/presse/schaffung-von-weiteren-unterbringungsmoeglichkeiten/](http://www.fdp-fraktion-region-hannover.de/presse/schaffung-von-weiteren-unterbringungsmoeglichkeiten/)

---

---

## Vor Ort in den Regionskommunen - Arbeitsgespräch mit Pattensens Bürgermeisterin Ramona Schumann und mit der Leiterin des Mehrgenerationenhauses Anette Köppel am 17.07.2018:

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des FDP-Ortsverbandes Pattensen Dirk Erdner und seinem Stellvertreter Friedhelm Franken besuchte die FDP-Regionsfraktion die Stadt Pattensen und diskutierte mit Bürgermeisterin Ramona Schumann kommunalpolitische Themen. Schumann berichtete, dass der Rat der Stadt Pattensen beschlossen hat, gegen das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) 2016 ein Normenkontrollverfahren anzustrengen in Bezug auf die darin ausgewiesene neue Fläche für Windkraftanlagen zwischen Hiddestorf und Lüdersen. Mit dem ÖPNV-Angebot und der verkehrlichen Anbindung an die Landeshauptstadt Hannover und umliegende Kommunen sei man vor Ort grundsätzlich sehr zufrieden. Um die Erreichbarkeit der KGS in Pattensen zu optimieren und Pendlern nach Hannover ein besseres Angebot zu unterbreiten, bestehe vor Ort aber noch der Wunsch nach einem zusätzlichen Angebot einer direkten Busanbindung nach Bennisgen.



Anette Köppel, Leiterin des Mehrgenerationenhauses Pattensen, erläutert Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Das MGH Pattensen ist sowohl Träger im Bereich der Hortbetreuung, als auch Ganztagschulträger. Durch das Vorhalten beider Angebote können Synergieeffekte im Bereich der pädagogischen Arbeit, aber auch bei der Organisation genutzt werden, um die Nachfrage der Eltern nach einer größtmöglichen Flexibilität bei gleichzeitiger Planungssicherheit zufriedenzustellen.

Im Anschluss erhielt die FDP-Delegation durch die Leiterin des Mehrgenerationenhauses Pattensen und 1. Vorsitzende von MOBILE e. V. Anette Köppel einen Einblick in die vielfältige, auch durch viele Ehrenamtliche geleistete Arbeit.



Bürgermeisterin Schumann empfängt die FDP-Fraktion und die Vertreter der FDP Pattensen im neuen Rathaus.

---

## Besuch der Jugendberatung Hinterhaus „office for young people“ in der Nordstadt von Hannover am 24.08.2018:

Die FDP-Regionsfraktion hat am 24.08.2018 die Jugendberatung Hinterhaus - office for young people - in der Nordstadt Hannovers besucht und sich über aktuelle Arbeitsschwerpunkte und künftige Vorhaben informiert.

Initiator und Gründer des Projektes Jürgen Pommerinke stellte dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und jugendpolitischen Sprecher Klaus Nagel aus Springe und dem sozialpolitischen Sprecher Gerhard Kier aus Hannover die Arbeit der Beratungsstelle mit ihren derzeitigen Angebotsinhalten, Grundsätzen und Zielgruppen vor. An dem Gespräch nahmen auch die Koordinatorin und Jugendberaterin Andrea Hollemann und die Jugend- und Schwangerschaftskonfliktberaterin Anna-Maria Halibrand teil.

Die Jugendberatung Hinterhaus - office for young people – ist die einzige Einrichtung in der Region Hannover, die sich ohne Einschränkungen der allgemeinen Beratung widmet. Sie berät unter anderem bei den Themen Familienstress, Freunde, Schule, Ausbildung, Wohnungssuche, Schulden, Sucht, Missbrauch, Gewalt, Druck, Unsicherheit, Verzweiflung, Angst sowie Schwangerschaftsberatung gemäß §§218/219 StGB. Die Beratungsangebote werden nach Informationen Herrn Pommerinkes anteilig zu rd. 75% von Jugendlichen aus der Landeshauptstadt Hannover und zu rd. 25% aus dem Umland Hannovers genutzt.



Jürgen Pommerinke, Leiter der Jugendberatung Hinterhaus, informiert über neue Aufgabenfelder des Teams.

Die Jugendberatung möchte ihr Beratungsangebot für männliche Jugendliche aufgrund der hohen Nachfrage erweitern und einen männlichen Berater zur Abdeckung des zusätzlichen Beratungsbedarfs beschäftigen. Neben der Finanzierung dieses spezifischen Angebotes möchte die Jugendberatung einen barrierefreien Eingang schaffen, um auch Mobilitätseingeschränkten einen einfachen Zugang zur Beratungsstelle zu ermöglichen. Die FDP-Fraktion wird diese Anliegen unterstützen und einer angemessenen Mittelbereitstellung bei den anstehenden Haushaltsberatungen der Region Hannover für das Haushaltsjahr 2019 zustimmen.

---

## Fachtagung der FDP-Regionsfraktion: "Wohnungsbau in der Region Hannover" am 17.10.2018:

In der Region Hannover herrscht akuter Wohnungsmangel – bis zum Jahr 2025 werden rund 28.300 zusätzliche Wohnungen benötigt, insbesondere im mittleren bis niedrigen Preissegment für größere Familien sowie kleinere Wohneinheiten. Auf Beschluss der Regionsversammlung im Jahr 2016 wurde ein eigenes Wohnbauprogramm der Region Hannover aufgelegt. Mittelfristig soll auf Basis eines regionalen Wohnraumversorgungskonzeptes ein ausreichendes Wohnungsangebot in der Region Hannover vorgehalten werden können. Mit den Podiumsteilnehmenden wurde über zukunftsfähige Lösungswege diskutiert, wie nachfragegerecht und schnellstmöglich geeigneter Wohnraum in der Region Hannover bereitgestellt werden kann.



In ihrer Einführung in das Thema informierte Frau Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur bei der Region Hannover, über die WohnBauInitiative (WoBi) der Region Hannover und über die gestaffelte Förderung mit einer Schwerpunktsetzung im Bereich des sozial geförderten Wohnungsbaus. Ab 2019 werde eine Wohnbau-Prämie zur finanziellen Förderung der Regionskommunen je neuer Wohnung ausgeschüttet: 1.500 € je Wohnung im Ein- oder Zweifamilienhaus, 5.500 € je Wohnung im Mehrfamilienhaus und zusätzlich 3.000 € je öffentlich geförderter Wohnung mit einer Sozialbindung von mindestens 20 Jahren.

In seinem Impulsvortrag zum Thema "Wohnungsmarkt in Niedersachsen und der Region Hannover – Perspektiven bis zum Jahr 2035" ging Robert Koschitzki, Berater Wohnungsmarktbeobachtung bei der NBank, auf Auswirkungen des demografischen Wandels ein. Der Bevölkerungsanteil von Menschen in sozialer Mindestsicherung nehme ebenso zu wie insbesondere auch der Anteil ärmerer Senioren. Der Mangel an preiswerten Wohnungen erfordere ein aktives Bauflächenmanagement, mehr interkommunale Kooperation und die Verlängerung von Belegrechten.

Karl-Heinz Range, Geschäftsführer der Kreissiedlungsgesellschaft (KSG) Hannover GmbH, wies in seinem Beitrag zu Zukunftslösungen für solide und preisgünstige Wohnungen in der Region Hannover auf die Problematik fehlender Bauflächen in den Regionskommunen und auf die mangelnde Bereitschaft der Kommunen zur Ausweisung von Flächen für Geschosswohnungsbau hin. Mit der Strategie "KSG 2025" soll ihr Wohnungsbestand um weitere 2.000 Wohnungen wachsen. Voraussetzung: Ausreichende Fördermittel und Verzicht auf verschärfte Energiestandards.

David Huber, Geschäftsführer des BfW Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Niedersachsen/Bremen e. V. als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft wies auf die Kostenexplosion im Baubereich und den Fachkräftemangel hin. Ohne private Investitionen sei der Mehrbedarf an Wohnraum nicht zu bewältigen. Durch eine gezielte Beratung potenzieller privater Bauherren zu erfolgreicher Fördermittelanwerbung und bei Baugenehmigungsverfahren könnten Bauprojekte erheblich schneller realisiert werden.



Robert Koschitzki, Berater Wohnungsmarktbeobachtung NBank, informiert über Auswirkungen des verstärkten Wohnraumbedarfs in Ballungsräumen in Niedersachsen und der Region Hannover.



Sozialdezernentin Dr. Andrea Hanke berichtet über die Fördermittel der Region: Den Regionskommunen werden insgesamt 60 Mio. € in den Jahren 2019-2021 bereitgestellt.